

Bedarfsgerechte Verkehrspolitik für Winterthur!

Romana Heuberger, Gemeinderatskandidatin der FDP, über die städtische Verkehrspolitik.



FDP-Gemeinderatskandidatin Romana Heuberger.

«Die Verkehrspolitik des Stadtrates ist heftig umstritten. Aus der aktuellen Vorlage zur Parkplatzverordnung (PPVO) und den geplanten Massnahmen schliesse ich, dass die Bewältigung des tatsächlichen Mobilitätsbedarfes der Bevölkerung und der Unternehmen für den links-grün dominierten Stadtrat gar kein Ziel ist. Seine Strategie dient einzig und allein der Be- und Verhinderung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und dem erzwungenen Umstieg der Bevölkerung auf den öffentlichen Verkehr. Doch was bedeutet diese Strategie konkret?»

ÖV-Kapazität reicht nicht

Der Anteil des MIV am städtischen Gesamtverkehr hat sich seit 1998 nicht verändert, trotz massiven Investitionen in den ÖV (S-Bahn, Stadtbus). Der Stadtrat setzt mit seiner Strategie also auf ein Pferd, auf das die Winterthurerinnen und Winterthurer gar nicht umsitzen wollen. Kommt hinzu, dass die Kapazitäten für den Umstieg nicht vorhanden sind. Sollte der Verkehr bei unverändertem MIV tatsächlich wie vom Stadtrat prognostiziert bis 2030 um 23 Prozent steigen, so müsste der ÖV

gegenüber heute um rund 80 Prozent zulegen. Das wäre selbst mit den geplanten Massnahmen zur Förderung des ÖV völlig illusorisch. Vor rund zehn Jahren bezeichnete der Direktor von Stadtbus eine Steigerung um 40 Prozent bereits als völlig unrealistisch. Resultat – das Verkehrssystem funktioniert nicht mehr, wenn der MIV auf dem heutigen Stand eingefroren wird.

Einkauf mit Auto

Gemäss Bundesamt für Statistik (Mobilität und Verkehr 2013) wird 70 Prozent des Einkaufsverkehrs mit dem MIV abgewickelt. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten will der Stadtrat durch die neue Parkplatzverordnung zum Umstieg auf den ÖV zwingen. Dabei lässt er völlig ausser Acht, dass sich diese gemäss mehrerer Studien nicht zum Umstieg auf den ÖV zwingen lassen. Parkplatzbewirtschaftung oder die Beschränkung von Parkplatzzahlen führen höchstens zu Veränderungen der Fahrziele.

Gefährlicher Alleingang

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat im Dezember 2013 beschlossen, auf die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes im Teilbereich der «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugenden Nutzungen» zu verzichten. Dadurch hat sich die Ausgangslage für Winterthur nochmals stark verändert. Die Stadt

müsste diverse restriktive Massnahmen zulasten von Detailhandel und Gewerbe im Alleingang einführen. Damit ist klar, dass die Konsumentinnen den einschränkenden Massnahmen ausweichen können und auch werden. Sie werden in Frauenfeld, im Glattzentrum, in Schaffhausen, Konstanz oder Singen einkaufen, wo sie mit dem Auto willkommen sind. Wir verlieren durch die neue PPVO keine Autos, sondern Menschen. Wir verlieren Kunden, Umsatz und Mitarbeiter.

Als Gewerbefrau engagiere ich mich gegen die neue PPVO, damit Winterthur eine attraktive Wohn- und Arbeitsstadt bleibt. Ich setze mich für den Ausbau des Strassennetzes (kurzfristig für die Erschliessungsstrasse Hegi und mittelfristig für den Heiligbergtunnel) sowie für die Erhöhung der ÖV-Kapazitäten durch neue Konzepte (zum Beispiel Stadtbahn) ein, da wir beides benötigen. Um die Mobilitätsbedürfnisse der Winterthurerinnen und Winterthurer und der Unternehmen bestmöglich zu befriedigen, müssen wir alle vorhandenen Mittel zielgerichtet einsetzen. Haushalten für Winterthur – auch im Verkehr.» red.

Weitere Informationen:
www.romana-heuberger.ch



klartext.



Liebe Leserin, lieber Leser!
Wir hoffen, dass Sie gut ins neue Jahr gestartet sind. Bestimmt haben Sie wie wir an Silvester im Kreise ihrer Liebsten auf 2014 angestossen und sich das Beste fürs neue Jahr gewünscht: gesundheitlich, beruflich und privat. Ein neues Jahr bringt immer wieder Überraschungen – man startet mit Hoffnungen, Wünschen und Vorsätzen. Manche erfüllen sich, andere nicht. Ganz ähnlich verhält es sich mit Wahlen. Dieses Jahr ist es wieder so weit: Am 9. Februar wählt Winterthur sein Parlament und seinen Stadtrat. In diesen Tagen kommen die Wahlcouverts in Ihre Briefkästen. Im Gegensatz zum Jahreswechsel finden die Wahlen nur alle vier Jahre statt. Und im Gegensatz zu den Unwägbarkeiten, die ein neues Jahr mit sich bringt, können Sie die Wahlen beeinflussen. Indem Sie mitmachen und wählen.

Die SP setzt sich ein für ein Winterthur, in dem die Menschen gut zusammenleben und wo der Wohnraum bezahlbar ist. Für eine Stadt, die über ein vielfältiges Freizeit-, Kultur- und Sportangebot verfügt. Für eine Stadt, die über hochwertige Naherholungsmöglichkeiten wie Parks und Wälder, aber auch Spielplätze, Spazierwege und Velorouten verfügt. Für eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche, Familien und Betagte, Leute mit einem grösseren oder kleineren Portemonnaie willkommen sind. Wir wünschen uns eine Stadt für alle – gerade auch in finanziell schwierigen Zeiten.

Dafür setzen wir uns im Stadtrat auch in den nächsten vier Jahren ein: Mit Engagement und Herzblut – Danke für Ihre Stimme bei den anstehenden Wahlen. Wir wünschen Ihnen alles Gute im neuen Jahr.

Pearl Pedergnana, Bauvorsteherin (SP)
Yvonne Beutler, Finanzvorsteherin (SP)
Nicolas Galladé, Sozialvorsteher (SP)
www.sp-winti.ch

leserbriefe

Für die langfristige Lebensqualität

zur Budgetdebatte und zu den Abstimmungen vom 9. Februar
Der Gemeinderat von Winterthur hat ein Budget 2014 ohne Steuererhöhung erreicht. Der Steuerfuss bleibt damit auf dem bisherigen kantonalen Maximum von 122 Prozent. Auch die Grünliberalen haben sich gegen die vom Stadtrat beantragte Steuererhöhung auf Vorrat eingesetzt. Die zusätzlichen Kürzungen sind teilweise einschneidend, teilweise aber auch kaum spürbar, wenn nur Kostensteigerungen der letzten 2 Jahre rückgängig gemacht werden.
Eine Lehre aus der kräftezehrenden und belastenden Budgetdebatte ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat verbessert werden muss. Dies vor allem auch mit Blick auf die schwierige finanzielle Zukunft. Drei Beispiele zeigen, wie gross die Herausforderungen sind:
1. Laut Stadtrat entsteht bereits 2015 ein neues Finanzloch in der Höhe von zusätzlichen 6 (!) Steuerprozenten.
2. Die Investitionen werden aktuell zur Hälfte mit neuen Schulden finanziert.
3. Die Steuerkraft pro Person liegt in Winterthur weiterhin massiv unter dem kantonalen Durchschnitt.
Es braucht folglich einen politisch möglichst breit abgestützten «Master-

plan Stadtfinanzen», der aufzeigt, mit welchem Mix von Leistungsverzicht, Effizienzmassnahmen und Einnahmeerhöhungen wir Winterthur finanziell in die Zukunft steuern wollen. Der Gemeinderat will diese Aufgabe mit einer Spezialkommission anpacken.
Sparen aus Prinzip ist sinnlos. Die Grünliberalen wollen die Finanzen in den Griff bekommen, damit wir nicht nur wie die Feuerwehr löschen müssen, sondern Brände verhindern können. Dann sind wir wieder handlungsfähig. Das muss uns gelingen, damit wir unsere Kernanliegen für eine lebenswerte Stadt verwirklichen können: Eine grüne, kulturell vielfältige, familienfreundliche, sozial tragfähige und tolerante Stadt, die wir stolz unseren Kindern weitergeben. Aus grünliberaler Sicht geht es bei der Gestaltung der Stadtfinanzen um die langfristige Lebensqualität in Winterthur: Nur eine finanziell gesunde Stadt kann auch eine soziale und ökologische Stadt sein.

Beat Meier, Präsident und Stadtratskandidat der Grünliberalen Winterthur

Warum ist die Verwahrsinitiative nicht umgesetzt?

Was ist mit unserer Gesellschaft passiert? Immer wieder hört man von Mord, Vergewaltigung und Kindesmiss-

brauch. Diese Dinge passieren überall. In der Schule, zu Hause, auf freien Plätzen oder in der Kirche. Schockierend werden solche Vergehen an Leib und Seele in der Schweiz immer noch mit einer milden Strafe geandert. Das Schweizer Volk hat die Verwahrsinitiative am 8. Februar 2004, mit einem Volksmehr angenommen. Demnach müssen Sexual- und Gewaltstraftäter, die in den für den Strafprozess erstellten forensischen Gutachten als nicht therapierbar eingestuft wurden, bis an ihr Lebensende verwahrt werden. Bis heute wurde dieser Initiative noch nicht Rechnung getragen. Aktuellstes Beispiel hierfür: Der Mörder des Au-pair-Mädchens Lucie Trezzini wird nach dem Gerichtsurteil des Bundesgerichts nicht lebenslänglich verwahrt werden. Ein Urteil, das einer Katastrophe gleichkommt und dem Schweizer Volk mehr als deutlich macht, dass ein Volksmehr dem Bundesgericht offenbar gleichgültig ist. Ein Schlag ins Gesicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Einen Mörder auf freien Fuss zu lassen, ist eine Bedrohung für die Gesellschaft. Ganz für den Entscheid des Bundesgerichts sprechen sich Franz Riklin, Strafrechtsprofessor der Universität Freiburg, und Daniel Jositsch, SP-Nationalrat und Strafrechtsprofessor, aus. Sie beide halten den Entscheid des Bundesgerichts für absolut richtig und halten

weitere Verschärfung für unnötig. Der Entscheid zeigt, dass gewisserorts die Meinung vertreten wird, einen Sexual- und Gewaltstraftäter heilen zu können. Die Erfahrungen zur Heilung diesbezüglich zeigt das deutliche Gegenteil auf. So zeigt dies der Fall des Mordes am Zollikerberg an der Pfadfinderführerin Pasquale Brumann. Der wegen elf Vergewaltigungen und zwei Sexualmorden zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilte Erich Hauer durfte unbegleitet in den Hafturlaub und beging in seinem Urlaub den Mord an der Pfadfinderführerin. Der seinerzeit für den kantonalen Strafvollzug zuständige spätere Schweizer Bundesrat Moritz Leuenberger wurde politisch für den Tod von Pasquale Brumann verantwortlich gemacht. Solche und viele weitere Fälle zeigen doch genug deutlich auf, dass solche Triebkräfte nicht geheilt werden können. Sexualstraftäter, Pädophile und Mörder sollen lebenslang inhaftiert werden. Besonders die Kinder benötigen den Schutz der Gesellschaft. Denn, Pädophile begehen an ihren Opfern ebenfalls eine Form des Mordes. Und keine Therapie kann diese Menschen heilen, noch sollen solche Triebkräfte auf freien Fuss kommen. Weder in den Hafturlaub noch auf irgendeine andere Art und Weise. Wie viele Opfer fordert diese Politik noch? Zorica Aurora Maric, Winterthur SVP-Gemeinderatskandidatin

podiumsdiskussion

Winterthur: Der KMU-Verband Winterthur und Umgebung lädt am 15. Januar (17.45 Uhr) ins Albani Winterthur zum KMU-Apéro ein: Podiumsdiskussion mit Stadtrats- und Gemeinderatskandidierenden. red.



Stadtratskandidat Beat Meier: Unabhängig vom Links-Rechts-Denken.

Vier Fragen an GLP-Stadtratskandidat Beat Meier

Der 49-jährige Bauernsohn und Unternehmer Beat Meier (GLP) will im Stadtrat neue Mehrheiten schaffen.

Was wird anders in Winterthur, wenn Sie in den Stadtrat gewählt werden?

Beat Meier: Es sind vor allem zwei Dinge: Ich will, dass Winterthur vorausschauender handelt, denn viele Schwierigkeiten, in denen wir heute stecken, wären vermeidbar gewesen. Zweitens muss die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Gemeinderat verbessert werden.

Als Vertreter der drittstärksten Partei in Winterthur kann ich dies gewährleisten. Ich suche Lösungen unabhängig von linken und rechten Ideologien. Wir Grünliberalen haben im Gemeinderat regelmässig für stabile Mehrheiten gesorgt, das braucht Winterthur auch im Stadtrat. Das bringt uns vorwärts.

Stabile Mehrheiten wofür? Was wollen Sie denn inhaltlich erreichen?

Die grüne Stadt Winterthur bewahren, weiterhin Velo- und öffentlichen Verkehr fördern, damit wir nicht im Stau ersticken, die Energiewende umsetzen und die Vielfalt beim Kultur-, Sport- und Freizeitangebot weiterentwickeln. Ich setze mich ein für eine Stadt mit vielen Möglichkeiten für Familien, für Junge und Ältere, für eine tolerante und offene Stadt. Gleichzeitig müssen wir die Finanzen ins Lot bringen und auch finanzielle Reserven bilden, damit uns nicht jeder kalte Luftzug mit einer Grippe ins Bett wirft.

Das klingt nach einem grossen Spagat. Geht das überhaupt?

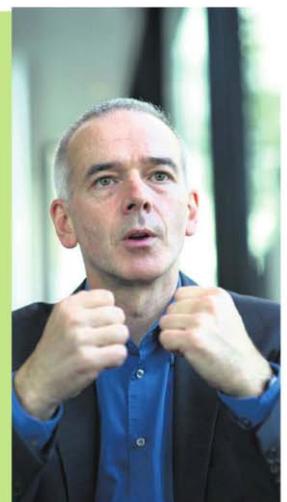
Ja, das geht, aber es ist natürlich sehr anspruchsvoll, gleichzeitig die hohe Lebensqualität zu erhalten und sich finanziell nach der Decke zu strecken. Ich sehe aber langfristig keine Alternative dazu. Wir können nicht jedes Jahr an der Steuer-schraube drehen, die Löcher zu stopfen. Aber auch blindes Sparen ist sinn-

los. Wir müssen einen klugen Mittelweg finden, denn nur eine finanziell gesunde Stadt kann eine ökologische und soziale Stadt sein.

Sie haben im Herbst die Initiative «Schaffe und wohne z'Winterthur» lanciert. Ist das mehr als nur ein Wahlkampf-Gag?

Das Thema muss über die Wahlen hinaus auf der Agenda bleiben. Und das wird es, denn die Reaktionen beim Sammeln der Unterschriften zeigen klar: Das Problem des einseitigen Wachstums brennt den Leuten unter den Nägeln. Es ist nicht gut, dass die Winterthurer Bevölkerung um 1500 Personen pro Jahr wächst, aber weniger als 500 Arbeitsplätze dazukommen. Eine typische Entwicklung zur Schlafstadt. Die Initiative gibt da Gegensteuer. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, um die Stadtentwicklung ins Gleichgewicht zu bringen. Dann steigen wieder die Chancen für einen Job an die Ecke, für weniger Pendler und mehr Freizeit. red.

Weitere Informationen:
www.beatmeier-glp.ch



Für ein eigenständiges Winterthur: finanziell, energetisch, wirtschaftlich.